91. Beilage im Jahr 2025 zu den Sitzungsunterlagen
des XXXII. Vorarlberger Landtages

Selbstständiger Antrag der NEOS Vorarlberg

Beilage 91/2025

An das
Präsidium des Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 27.05.2025

Betreff: Mehr Transparenz, mehr Wirkung: Schluss mit Berichtsroutine – her mit Klarheit

Sehr geehrter Herr Präsident,

der Rechenschaftsbericht einer Landesregierung sollte ein zentrales Instrument der politischen Transparenz und demokratischen Kontrolle sein. Ein Bericht, der den Bürger:innen, dem Landtag und der Öffentlichkeit verständlich und nachvollziehbar Auskunft darüber gibt, was eine Landesregierung im vergangenen Jahr tatsächlich erreicht hat – und was nicht.

Tatsächlich jedoch bleibt der aktuell jährlich veröffentlichte Bericht der Vorarlberger Landesregierung weit hinter diesem Anspruch zurück. Er ist lang, aber nicht tiefgehend. Formal korrekt, aber wenig aufschlussreich. Statt an klaren politischen Zielen orientiert, wirken die Ausführungen vage und wenig greifbar. Quantifizierbare Entwicklungen? Fehlanzeige. Fortschritte im Zeitverlauf? Nicht ersichtlich. Vergleichbarkeit? Nicht gegeben.

So stellt sich zu Recht die Frage: Wozu ein Rechenschaftsbericht, wenn er weder Rechenschaft ermöglicht noch einen Erkenntnisgewinn liefert? In dieser Form ist der Bericht ein Papiertiger. Und wenn sich daran nichts ändert, könnte man ihn genauso gut einstellen.

Wir NEOS schlagen daher vor, den Rechenschaftsbericht endlich zukunftstauglich zu machen – als wirksames Steuerungs- und Kommunikationsinstrument. Was es braucht, ist ein klarer Zielbezug: Welche messbaren politischen Vorhaben hatte sich die Landesregierung gesetzt? Welche wurden erreicht – und welche nicht? Wo liegen Abweichungen und warum? Ein solcher Bericht sollte auch Jahresvergleiche enthalten, um Entwicklungen sichtbar zu machen, statt bloß Einzelmaßnahmen aufzuzählen.

Gerade in einer modernen Demokratie muss sich politische Verantwortung an Ergebnissen messen lassen. Ein Rechenschaftsbericht, der diesen Namen verdient, ist dafür ein elementarer Baustein – und kein PR-Produkt. Ziel muss sein, einen Bericht zu schaffen, der echten Informations- und Transparenzwert bietet – für Bürger:innen, Landtag und die politische Debatte.

Vor diesem Hintergrund stellen wir hiermit gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgenden

ANTRAG

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Vorarlberger Landesregierung wird aufgefordert, den jährlich erscheinenden Rechenschaftsbericht grundlegend zu überarbeiten und künftig:

- 1. die Umsetzung politischer Zielsetzungen und Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben anhand klarer, überprüfbarer Kriterien darzustellen,**
- 2. Jahresvergleiche zu zentralen politischen Bereichen und öffentlichen Aufgaben einzuführen,**
- 3. den Rechenschaftsbericht und allfällige Detailberichte zu wesentlichen Themen so abzustimmen, dass sich Detailberichte aus Rechenschaftsbericht ergeben (gleiche Datenbasis, keine Doppelaufwendungen für Erstellung),**
- 4. und den Bericht insgesamt stärker an evidenzbasierten, nachvollziehbaren Ergebnissen zu orientieren.“**

LAbg. KO Claudia Gamon MSc (WU)

LAbg. Garry Thür, lic.oec.HSG

LAbg. Fabienne Lackner